

Stimmen gegen den Krieg – Digest russischer Antikriegsproteste Februar 2026

Im Folgenden finden Sie eine Sammlung russischer Antikriegsproteste sowie Verfahren gegen Kriegsgegner im Februar 2026. Der Digest wird monatlich fortgeführt ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Die Stadt spricht

Zavolzhsk (Zentraler Föderationsbezirk)



Flugblätter der Partisanen-Bewegung „Svoboda Rossii“ [Freiheit für Russland]: „[Deine Freiheit beginnt hier.](#)“

Novosibirsk (Sibirischer Föderationsbezirk)



Die Schwäne und das Ballett auf dem [Flugblatt](#) verweisen auf "Schwanensee", das in der UdSSR traditionell im Fernsehen gezeigt wurde, wenn ein Generalsekretär der KPdSU gestorben war. Darüber prangt "2026", darunter der Text "Frohes Neues Jahr!" "Schwanensee" ist zur Chiffre der Opposition für einen Regimewechsel geworden.

St. Petersburg



Foto: anonymer Bot FAS: "[Geburtstag oder Todestag? 24.02.2022 - 24.02.2026](#)"

Tver (Zentraler Föderationsbezirk)

Mitteilungen der Unterstützerguppe "[Idite Lesom](#)" [Geht in den Wald]



"Net Vojne": Nein zum Krieg

"Bürger! Der Krieg ist tödlich gefährlich! Wir schützen nicht den Krieg vor euch, sondern euch vor dem Krieg! Setzt euer Leben nicht aufs Spiel! Geht nicht in den Krieg!" @iditelesom_info_bot

Gedenkstätten

Moskau

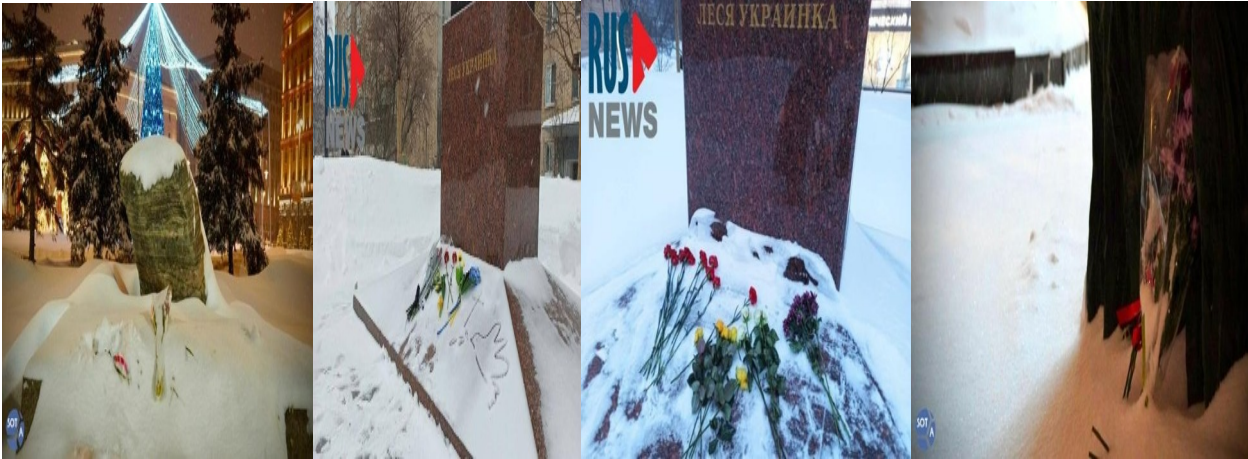


Foto: SOTAvision, Bot der Redaktion RusNews @rusnewsfeedbackbot

Am 24. Februar, dem vierten Jahrestag des totalen Kriegs gegen die Ukraine, haben Moskauer [Blumen](#) zum Solovetskij-Stein, zur Wand der Trauer und zum Denkmal von [Lesja Ukrainka](#) gebracht. Am nächsten Tag wurde erneut Blumen gebracht in Zusammenhang mit Festnahmen und Durchsuchungen durch die Sicherheitskräfte am Vorabend.

Einzelkundgebungen

"Nein zum Krieg - Nein zur Besatzung!"

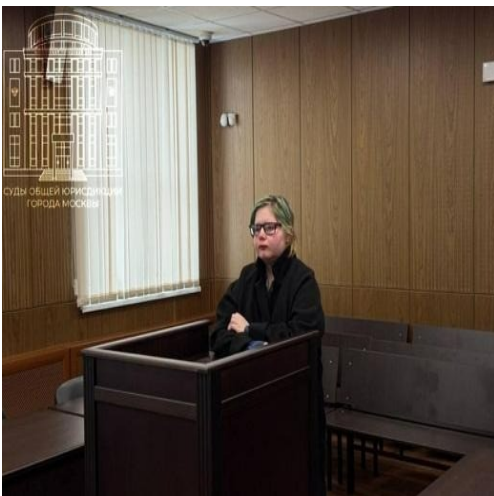


Foto: Pressedienst Moskauer Gerichte

Am 24. Februar, dem 4. Jahrestag des Groß-Angriffs Russlands auf die Ukraine, stellte sich [Taisija Kurbangalijeva](#) mit einem Plakat „Nein zum Krieg - Nein zur Besatzung“ auf den Puschkin-Platz in Moskau. Sicherheitskräfte nahmen sie fest, brachten sie zur Polizeidienststelle, ihr Anwalt wurde [nicht vorgelassen](#). Die Polizei erstellte zwei Protokolle: Für "Diskreditierung der Armee" erhielt sie eine Geldstrafe von 40.000 Rubel [ca. 440,- Euro; 1,5 Mindestlöhne]; wegen "Nichtbefolgen von Polizeianweisungen" wurde sie zu einer Arreststrafe von 10 Tagen verurteilt.

Anti-Kriegsgedichte auf dem Alten Arbat

Am 24. Februar haben Aktivisten am Denkmal von Bulat Okudzhava auf dem Alten Arbat [Anti-Kriegsgedichte](#) von Leonid Filatov, Evgenij Evtuschenko und Vladimir Kotljarov vorgetragen.

"Ihr wurdet nicht angegriffen. Ihr habt angegriffen.
Ihr habt euch als erstes den Krieg ausgedacht!"

Ihr habt den Bürgern Schutz versprochen,
und heraus kam ein regelrechter Skandal!
Wen und vor was habt ihr beschützt,
wenn uns doch niemand angegriffen hat?"
(Leonid Filatov, Lisistrata)

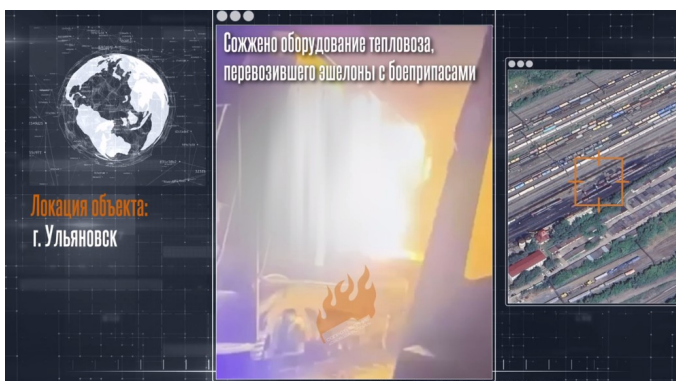
Sabotageaktionen

Junge Frau zündet Sammelpunkt humanitärer Hilfe für das Militär an



Die 24-jährige Petersburgerin Jelisaveta Neustupova warf am 4. Februar zwei Molotov-Cocktails in das Büro der Stiftung „Dobrovolez“ [Freiwilliger], in dem humanitäre Hilfe für russische Soldaten gesammelt wird. Augenzeugen behaupteten, sie habe einen Korb in den Händen gehalten und geschrien, darin sei eine Bombe. Bei dem Feuer verbrannten alle Hilfsgüter, die am 23. Februar an die Soldaten hätten geschickt werden sollen. Jelisaveta wurde an Ort und Stelle festgenommen und ins Untersuchungsgefängnis gebracht, gegen sie wurde ein Verfahren wegen Terrorismus eingeleitet. Bei der Festnahme nahm man ihr den Korb ab, in dem die angebliche Bombe sein sollte, im Korb saß eine lebende Taube. Neustupova hat ihre Schuld eingestanden und erklärt, sie sei Opfer von Kriminellen geworden.

Partisanen setzen in Uljanovsk eine Diesellokomotive im Wert von 300.000 Dollar in Brand



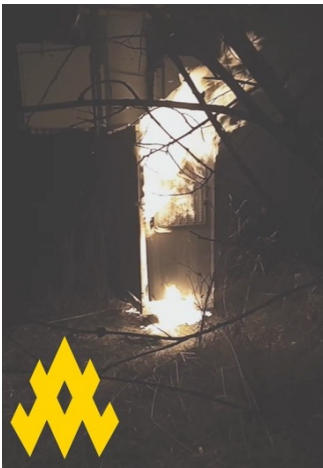
In Uljanovsk (Wolga-Föderationsbezirk) haben Partisanen eine Güter-Lokomotive außer Betrieb gesetzt, die Militärtechnik für die russischen Truppen transportiert hat. Nach Schätzung der Partisanen soll die Lokomotive 300.000 Dollar kosten. Vertreter der Partisanen-Bewegung erklärten in ihrem Telegram-Kanal: „Die militärischen Einrichtungen in Uljanovsk haben die Verzögerungen in der Logistik, die nun weder vollständig noch fristgerecht durchgeführt werden kann, als hoch eingeschätzt, und Putins Front blieb an entscheidenden Abschnitten ohne die notwendigen Ressourcen.“

Treibstoff-Zisternen in Mitschurinks abgebrannt



An einem Bahnhof in Mitschurinsk im Gebiet Tambov (Zentraler Föderationsbezirk) sind fünf Treibstoffzisternen mit Benzin [abgebrannt](#). Regionale Medien schreiben, der Grund dafür sei eine Entgleisung von Waggons gewesen. Insgesamt sollen etwa 30 Eisenbahnwagen beschädigt worden sein. Der [Telegram-Kanal „Rospartisan“](#) erklärte, der Brand sei „die Fortsetzung des Partisanen-Kriegs“. Und weiter: „Der Treibstoffzug fuhr in südlicher Richtung – in Richtung Ukraine. Da die Eisenbahnstrecken nun blockiert sind, sind Verzögerungen auch weiterer Züge in südlicher Richtung unvermeidlich.“

Funkmast in St. Petersburg angezündet



Die Bewegung „ATESCH“ berichtet von einer [Sabotageaktion](#) in Sankt Petersburg: Ein Telekommunikationsmodul wurde angezündet, wodurch es zu erheblichen Störungen bei der Datenübertragung und militärischer Koordination kam. In der betroffenen Gegend befinden sich mehrere militärnahe Einrichtungen und Betriebe.

Relaisschrank in Baschkortostan in Brand gesetzt



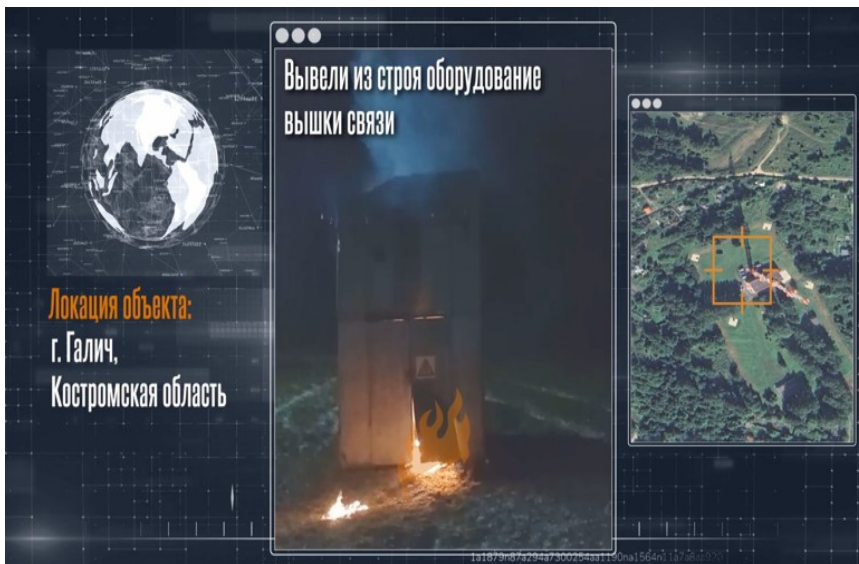
Die „Vereinte Widerstandsfront OFS“ meldete eine [Brandstiftung](#) an einem Relaiskasten im baschkirischen Janaul (Wolga-Föderationsbezirk). Die Sabotage wurde bereits Ende Januar verübt, jedoch offiziell erst am 6. Februar bekannt gegeben. „Das Ergebnis: erschwerte Logistik sowie Verlust von Geld und Zeit“, kommentierte die OFS die Aktion in ihrem Telegram-Kanal.

Kommunikationsanlage im Gebiet Belgorod außer Betrieb gesetzt



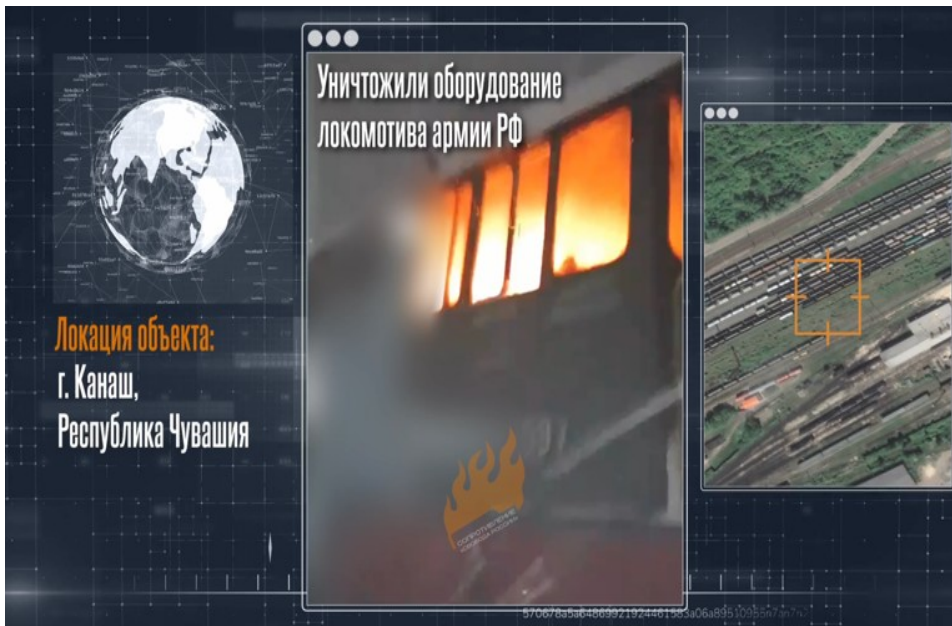
Nahe des Gebiets Belgorod zündete die Partisanengruppe „ATESCH“ ein Technikmodul an der Basis eines Mobilfunkmasts an. Die Anlage wurde [außer Betrieb gesetzt](#). Nach Angaben der Gruppe fielen dadurch Videoaufklärungssysteme aus, die zuvor Bewegungen im Grenzgebiet in Echtzeit übermittelt hatten. Der betroffene Frontabschnitt sei damit für die russischen Kräfte zu einem „blinden Fleck“ geworden. Zudem habe die Zerstörung der Technik den ukrainischen Drohnen die Arbeit erleichtert.

Munitionslager in Kostroma von der Kommunikation abgeschnitten



Der Telegram-Kanal der Legion „Svoboda Rossii“ hat die [Zerstörung eines Stromtrafos](#) an einem Sendemast in der Stadt Galitsch im Gebiet Kostroma (Zentraler Föderationsbezirk) gemeldet. Der Mast versorgte Militäreinheiten sowie das Lager Nr. 50 für Artillerie- und Luftfahrtwaffen, das die Front beliefert.

Lokomotive einer Militäreinheit in Brand gesetzt und zerstört



Partisanen der Legion "Svoboda Rossii" haben die Lokomotive einer zentralen Material- und Technikbasis in der Republik Tschuwaschien (Wolga-Föderationsbezirk) [in Brand gesetzt](#). Die abgebrannte Lok blockierte den Bahnverkehr.

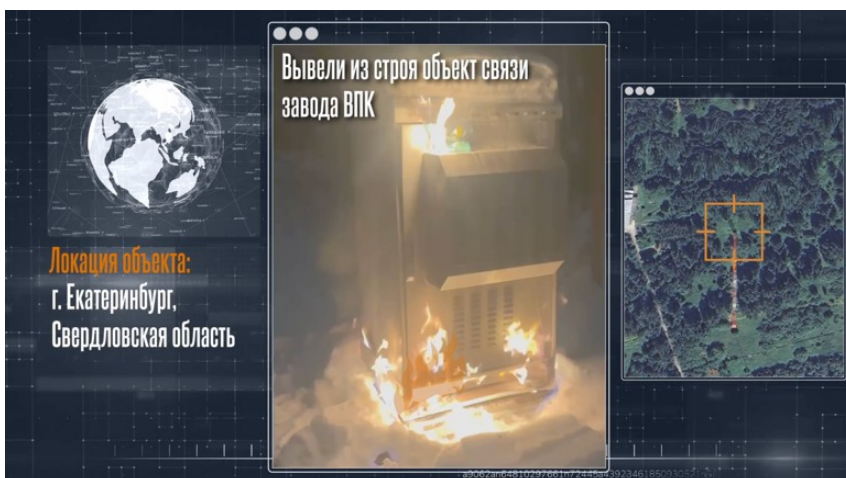
ATESCH" zerstört Elektro-Lokomotive in Orjol

Mitglieder der Organisation "ATESCH" haben in Orjol eine [Lokomotive zerstört](#) und dadurch die Logistik militärischer Transporte in Richtung Sumy unterbrochen.

Militärischer Sendemast in Lipezk zerstört

Die Organisation "ATESCH" hat einen Kommunikationsturm zur Datenübertragung und Koordination der Russischen Streitkräfte in Lipezk (Zentraler Föderationsbezirk) [zerstört](#). Getroffen wurden das 924. Zentrum für Drohneneinheiten, der Militärflughafen Lipezk und das 260. Arsenal der Raketentechnik- und Artillerieverwaltung.

Kommunikationsmasten des Rüstungsbetriebs Rostech außer Betrieb gesetzt



Die Widerstandsorganisation „Svoboda Rossii“ hat einen Kommunikationsturm in Jekaterinburg (Ural-Föderationsbezirk) [zerstört](#), der zum einem Werk des Verteidigungskonzern Rostech gehört und selbstfahrende Artillerie an die Front in der Ukraine liefert.

Logistik für Lieferung von Eisenerz für den Krieg behindert



"Svoboda Rossii" hat einen einen Angriff auf die Eisenbahninfrastruktur im Kusbass (Sibirischer Föderationsbezirk) durchgeführt. Durch die Zerstörung eines Relaiskastens wurde die Lieferung von Rohstoffen für die Waffenproduktion für den Krieg in der Ukraine gestoppt.

Lieferungen aus dem Lager eines Rüstungsbetriebs gestoppt

Am 26. Februar berichtete der Telegram-Kanal der Widerstandsgruppe „Svoboda Rossii“ über die [Brandlegung](#) eines Relaiskastens an einer Bahnstrecke, über die vom Lager eines Betriebs in Penza (Wolga-Föderationsbezirk) Munition an die Front in der Ukraine geliefert wurde. Als Folge wurde die Lieferlogistik gestört.

Diesellokomotive für Militärzüge in Nizhnij Novgorod in Brand gesetzt

Am 28. Februar wurde bekannt, dass die Gruppierung „Svoboda Rossii“ eine Diesellokomotive im Wert von 450.000 US-Dollar an einem Bahnhof in Nizhnij Novgorod (Wolga-Föderationsbezirk) [zerstört](#) hat. Die Lokomotive wurde für den Transport von Ausrüstung, Munition, Nachschub und Personal eingesetzt.

Verfolgung

Anwalt setzt sich gegen den Krieg und für politische Gefangene ein – nun ist er selber in Haft



Der Anwalt [Oleg Stepanov](#) aus Tscheljabinsk protestierte nach dem 24.2.2022 mit dem Plakat „Nein zum verbrecherischen Krieg“ und verteidigte zudem politisch Verfolgte, darunter die Menschenrechtsaktivistin Natalja Guseva. 2025 verließ er Russland in Richtung Serbien, wo er auf ein humanitäres Visum wartete. Kurz

vor seiner Ausreise hatte er in sozialen Netzwerken das russische Justizsystem scharf kritisiert. Anfang Februar wurde bekannt, dass Stepanov am 31. Januar am Flughafen Sotschi festgenommen wurde. Gegen ihn wurde ein Protokoll wegen „Ungehorsams gegenüber einem Polizeibeamten“ erstellt, eine Maßnahme, die häufig genutzt wird, um Zeit für die Einleitung eines Strafverfahrens zu gewinnen.

Nach Kasachstan geflohener Soldat der russischen Armee übergeben



Der im Sommer 2023 von einer russischen Militärbasis desertierte russische Soldat [Semjon Baschukoy](#), der in der Ukraine gekämpft hatte und nach Kasachstan geflohen war, wo er 2025 um Asyl ersuchte, ist von der kasachische Polizei festgenommen und am 2. Februar an das russische Militär übergeben worden.

Sportler überweist den ukrainischen Streitkräften 24 Millionen Rubel und landet in Untersuchungshaft



Ein [26-jähriger Sportler](#) aus Barnaul (Sibirischer Föderationsbezirk) sammelte 24 Millionen Rubel [ca. 260.00 Euro] und überwies sie auf ein Kryptokonto der ukrainischen Streitkräfte. Er wurde der „Finanzierung von Terrorismus“ beschuldigt und in Untersuchungshaft genommen. Die Ermittler geben den Namen des Mannes nicht bekannt; „Mediazona“ geht davon aus, dass es sich um den 26-jährigen Kampfsportler Denni Soloschtschenko handelt, der Ende Januar festgenommen wurde. Sein Name wurde in das "Register der Extremisten und Terroristen“ aufgenommen.

Einwohner von Tscheljabinsk ruft zu Spenden für die ukrainische Armee auf und erhält Haftstrafe

Ein 25-jähriger Einwohner der Region Tscheljabinsk (Ural-Föderationsbezirk), dessen Name nicht genannt wird, rief auf [Telegram](#) dazu auf, die ukrainischen Streitkräfte zu unterstützen. Dafür wurde er "staatsfeindlicher Tätigkeiten" beschuldigt und zu 3, 6 Jahren Haft verurteilt. Der Angeklagte hat seine Schuld eingestanden.

Verfahren gegen Einwohner der Stadt Chabarovsk wegen Aufrufs zur Unterstützung der Ukraine

[Jegor Gerajmovitsch](#) aus Chabarovsk schrieb pro-ukrainische Kommentare in Telegram-Kanälen - unter anderem „Ruhm der Ukraine“ - und wurde dafür wegen "Rechtfertigung von Terrorismus", "Verbreitung von Falschmeldungen über den Krieg" und "Pornografie" angeklagt.

Sechs Jahre Haft für „Alle besetzten Gebiete zurückerobern“

Ivan Pilov, Security-Mitarbeiter aus Sankt Petersburg, schrieb im August 2022 in einem Kommentar zu einem Telegram-Post des Kanals *White Powder* über die sechs Monate Krieg in der Ukraine: „Hauptsache, sie lassen den Krieg nicht einfrieren, damit es kein weiteres ‚Minsk-3‘ gibt. In dieser Zeit schafft es der Glatzkopf noch, Panzer und Grads zu bauen und weiteres Kanonenfutter für den neuen Angriff zu sammeln. Die Putinsche Horde jetzt endgültig verprügeln und alle besetzten Gebiete zurückerobern.“

Für diese Äußerungen sowie für einen Kommentar aus dem Jahr 2021 wurde [Ivan Pilov](#) jetzt zu 6 Jahren Haft im allgemeinen Regime verurteilt. Die Anklage lautete auf "Rechtfertigung von Terrorismus" und "Aufrufe zu Extremismus".

Sieben Jahre Haft für Lob des „Russischen Freiwilligenkorps“



Der 27-jährige Wachmann eines Theaters in Jekaterinburg, [Jevgenij Kosych](#), schrieb im März 2023 mehrere Kommentare auf Vkontakte zur Unterstützung der Ukraine. Er lobte unter anderem die Saboteure des "Russischen Freiwilligenkorps RDK" in der Region Belgorod und äußerte, dass die Tötung des Z-Bloggers Vladlen Tatarskij kein Terrorismus sei und das "RDK" handele, „um ehrliche Menschen vor der russischen Bedrohung zu schützen“. Für diese Äußerungen wurde er der "Rechtfertigung von Terrorismus" beschuldigt und zu 7 Jahren Haft im allgemeinen Vollzug sowie einer Geldstrafe von 500.000 Rubel [ca. 5500 Euro] verurteilt.

80 Stunden gemeinnützige Arbeit für "Putin ist ein Sünder"

[Fedaris Gumerov](#) aus Ufa (Wolga-Föderationsbezirk) schrieb bei Telegram Kommentare, in denen er Putin als größten Sünder bezeichnete, das Handeln des russischen Volkes mit dem in Nazi-Deutschland verglich und erklärte, dass die Russen ihre Staatlichkeit verlieren würden. Fedaris wurde der "Aufstachelung zum Hass oder

zur Feindschaft" beschuldigt und zu 80 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt.

Haftstrafe für den Versuch, der "Legion Svoboda Rossii" beizutreten

[Sergej Igumnov](#) aus Ulan-Ude (Fernöstlicher Föderationsbezirk) ist für den Plan, der "Legion Svoboda Rossii" [Freiheit Russlands] beizutreten, zu 15 Jahren Haft wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation", "Finanzierung von Terrorismus" sowie "Aufrufen zu terroristischer und extremistischer Tätigkeit" verurteilt worden. Details zu Igumnovs Fall sind nicht bekannt.

Geldstrafe für Likes bei You-Tube

Ein [ukrainischer Rentner](#), wohnhaft im Gebiet Murmansk, wurde wegen Likes zu YouTube-Videos, die angeblich die russische Armee diskreditierten, vom FSB überprüft und von einem Gericht mit 30.000 Rubel [ca. 330,- Euro] Geldstrafe belegt. Es ist der erste bekannte Fall in Russland, in dem Likes zu einer Strafe geführt haben.

Verhaftung für Kommentar zum "Russischen Freiwilligenkorps RDK"



Foto: FSB Gebiet Novosibirsk

Der 33-jährige [Roman Savodskij](#) aus Novosibirsk (Sibirischer Föderationsbezirk) hinterließ einen Kommentar auf Telegram zur Unterstützung des „Russischen Freiwilligenkorps“. Am 10. Februar wurde er vom Zentralen Bezirksgericht Novosibirsk wegen „Rechtfertigung von Terrorismus“ festgenommen. Die FSB behauptet, Savodskij sei „Mitglied der Organisation ‚Memorial‘, die als ausländischer Agent eingestuft ist“. Nach Beginn der Mobilisierung 2022 ging Roman ins Ausland, kehrte aber 2025 zurück. Öffentliche Quellen liefern keine Hinweise auf seine Mitarbeit bei „Memorial“.

Geldstrafe für Aufruf, den Krieg zu stoppen

Der 69-jährige Rentner Grigorij Jeremejev kritisierte bei einer Sitzung der Gebietsduma von Samara das Scheitern der "Spezialoperation", forderte die Abgeordneten zur Verantwortung auf und schlug vor, Putin solle die Kampfhandlungen in der Ukraine einseitig stoppen. Die Abgeordneten erstatteten Anzeige gegen ihn. Am 9. Februar sprach das dortige Bezirksgericht Jeremejev [schuldig](#) wegen „Diskreditierung der Armee" und verhängte eine Geldstrafe von 30.000 Rubel [ca. 330 EUR].

"Schmutziger Terror der Versager-Soldaten Putins"

Diese Worte veröffentlichte [S.V. Grizjuk](#) bei Vkontakte, außerdem schrieb er, "In den hohen Kreml-Kabinetten herrscht längst Enttäuschung über den größten Haushaltssünder - die russische Armee."
Das Kusminskij-Gericht in Moskau befand ihn wegen „Diskreditierung der Armee“ für schuldig und verhängte eine Geldstrafe. Die Höhe der Strafe ist unbekannt.

Sechs Jahre Haft für den Versuch, in das "Russische Freiwilligenkorps" einzutreten

2024 abonnierte [Dmitrij Chasjanov](#) den Telegram-Kanal des "Russischen Freiwilligenkorps". Am 2. August 2025 schickte er einen ausgefüllten Antrag auf Mitgliedschaft. Am 29. August wurde Chasjanov festgenommen und wegen des "Versuchs, einer terroristischen Organisation beizutreten", sowie wegen "öffentlicher Aufrufe zum Terrorismus" angeklagt. Am 10. Februar verhängte ein Militärgericht eine Strafe von sechs Jahren, davon zwei Jahre Gefängnishaft und vier Jahre Straflager im strengen Regime.

Geldstrafe für "Ruhm der Ukraine" mit rotem Lippenstift

Eine [Rentnerin](#) aus dem Gebiet Moskau schrieb mit rotem Lippenstift „Ruhm der Ukraine“ an die Wand eines Lebensmittelstands in Kolomna. Wegen „Diskreditierung der Armee“ wurde sie mit 30.000 Rubel (ca. 330,- Euro) Geldstrafe belegt.

5 Jahre Lagerhaft für Unterstützung der "Legion Svoboda Rossii"

Ein 19-jähriger aus Moskau (Name anonym) schrieb von November 2023 bis März 2024 Kommentare und veröffentlichte Bilder in sozialen Netzwerken zur Unterstützung der "Legion Svoboda Rossii“. Der junge Mann plante, der Legion beizutreten, und schickte einen Antrag, wurde jedoch von den Sicherheitskräften festgenommen. Am 9. Februar verurteilte ihn ein Militärgericht zu [fünf Jahren Straflager](#).

"Für mich alle Mörder, außer den Mobilisierten": Geldstrafe

In Klinzy (Gebiet Brjansk) verweigerte eine [Ärztin](#) einem russischen Soldaten, der in der Ukraine gekämpft hatte, die Behandlung mit den Worten: „Ich bin in der Ukraine geboren. Für mich sind alle Mörder, außer den Mobilisierten.“ Der Soldat nahm das Gesagte auf und zeigte die Ärztin an. Das Gericht bestrafte sie wegen „Diskreditierung der Armee“ mit 30.000 Rubel (ca. 330,- Euro).

Krypto an die ukrainischen Streitkräfte überwiesen? 10 Jahre Haftstrafe

Der Ingenieur [Dmitrij Duschin](#) aus dem Gebiet Vladimir (Zentraler Föderationsbezirk) wurde wegen "Staatsverrat", "öffentlicher Aufrufe gegen die Staatssicherheit im Internet" sowie "Finanzierung von Terrorismus" zu 10 Jahren verurteilt; laut Gericht soll er den ukrainischen Streitkräften Krypto zum Kauf von Waffen und Drohnen sowie zur "Durchführung von Sabotageaktionen auf dem Territorium Russlands" überwiesen zu haben.

Aufruf zum Beitritt zur "Legion Svoboda Rossii": 12 Jahren Straflager

[Sofija Lepeschkina](#) aus Serpuchov wurde zu 12 Jahren Strafkolonie verurteilt, weil sie in sozialen Netzwerken zum Beitritt zur "Legion Svoboda Rossii" aufgerufen haben soll. Nach Angaben des Gerichts veröffentlichte sie im April 2024 entsprechende Aufrufe auf Instagram, stellte selbst einen Aufnahmeantrag und schrieb politische Parolen auf Asphalt. Zudem soll sie Fotos eines Unternehmens übermittelt haben, das Militärtechnik herstellt und repariert. Am 20. September 2024 wurde sie festgenommen und am 11. Februar 2026 wegen "Beihilfe zum Terrorismus", "Rechtfertigung von Terrorismus" und "Beteiligung an einer terroristischen Organisation" zu 12 Jahren Haft verurteilt.

Student wegen Post zu Butscha und Kritik am Tag des Sieges zu 7 Jahren verurteilt

[Timur Akbulatov](#), Geschichtsstudent an der Universität von Orjol, veröffentlichte 2023 in einer Telegram-Gruppe Beiträge über mutmaßliche Verbrechen der russischen Armee in Butscha und Irpin sowie über die Geiselnahme von Beslan und kritisierte den 9. Mai. Am 12. Februar wurde er wegen der "Verbreitung von militärischen Falschmeldungen", "Rechtfertigung von Terrorismus" und der "Respektlosigkeit gegenüber dem militärischen Ruhm Russlands" zu 7 Jahren Haft in einer Strafkolonie verurteilt.

"Ruhm den Helden!" - 12 Tage Arreststrafe

Eine [56-jährige Einwohnerin](#) von Krasnodar schrieb in einem Telegram-Chat den Kommentar "Ruhm den Helden" [gemeint sind die ukrainischen Streitkräfte]. Wegen "Verbreitung verbotener Symbolik" verurteilte das Bezirksgericht von Krasnodar die Frau zu 12 Tagen Arrest. Sie bekannte sich nicht schuldig.

Festnahme für Rekrutierungsversuche für die "Legion Svoboda Rossii"

[Aleksandra Zhitenko](#) aus Moskau wird angeklagt, Kadetten für die "Legion Svoboda Rossii" rekrutiert zu haben, unter anderem durch Beschaffung von Medikamenten, Informationssammlung und Übergabe von Dokumenten. Die 53-jährige wurde festgenommen, sie bestreitet die Vorwürfe.

Für Gespräch gegen den Krieg - Erhöhung der Haftstrafe für Gefangenen



Foto: Cicil Defence Node

Grigorij Severin, der wegen "Aufrufen zum Extremismus" im Zusammenhang mit dem Kommentar „Nieder mit der Geheimpolizei!“ in Haft sitzt, riet anderen Gefangenen davon ab, in den Krieg in der Ukraine zu ziehen. Im Strafisolator berichtete er über das Vorgehen gegen Protestierende in der besetzten Region Cherson und über Folterungen von Ortsbewohnern. Abgehörte Audioaufnahmen bildeten die Grundlage eines neuen Verfahrens wegen erneuter "Diskreditierung der Armee". Am 18. Februar verurteilte das Paninski-Bezirksgericht des Gebiets Voronezh Severin zu weiteren [3 Jahren Haft](#) in einer Strafkolonie mit strengem Regime.

23-Jähriger aus Moskau wegen Finanzierung des "RDK" zu 14 Jahren verurteilt

Im Jahr 2023 veranlasste ein 23-Jähriger aus Moskau den Kauf von Kryptowährung, die als Spende an das "Russische Freiwilligenkorps RDK" weitergeleitet wurde. Am 16. Februar [verurteilte](#) ein Militärbezirksgericht ihn zu 14 Jahren Haft, davon 3 Jahre im Gefängnis, der Rest in einer Strafkolonie in strengem Regime.

Geldstrafe für Häftling wegen Kritik am Krieg

Der Wehrdienstleistende Mark Mazur, der eine 12-jährige Haft wegen "Hochverrats" in einem Lager in Jakutien absitzt, hat eine erneute Strafe erhalten. Am 28. November 2025 sagte er vor anderen Gefangenen: „Russland hat den Krieg selbst begonnen, der russische Soldat ist ein Besatzer, hoffentlich endet dieses Unrecht bald.“ Am 16. Februar erklärte das dortige Stadtgericht Mazur der "Diskreditierung“ der Armee" für schuldig und verhängte eine [Geldstrafe](#) von 30.000 Rubel.

17 Jahre Haft für Preisgabe von Daten an die Ukraine

Ein Offizier der Reserve aus Komsomolsk am Amur übermittelte 2024 der ukrainischen Militäraufklärung offenbar Daten zu Su-35-Kampfflugzeugen. Am 21. November 2025 verurteilte ein Gericht in Chabarovsk ihn wegen "Hochverrats" zu [17 Jahren Haft](#), 450.000 Rubel Geldstrafe [ca. 5000,- Euro], 1,5 Jahren Freiheitsbeschränkung und zur Aberkennung seines Dienstgrads.

4 Jahre Haft für Aufruf, den ukrainischen Streitkräften beizutreten

Danil Fachrejev aus Ischimbai (Republik Baschkortostan) veröffentlichte in seinem Telegram-Kanal Aufrufe, sich den ukrainischen Landstreitkräften anzuschließen. Im Herbst 2025 wurde er festgenommen und am 19. Februar 2026 wegen "Aufrufen zu Aktivitäten gegen die Staatssicherheit" zu [4 Jahren Lagerhaft](#) verurteilt.

Bericht über Tod von Zivilisten in Butscha: 8,5 Jahre Haft in Abwesenheit

Im April 2022 gab der Anwalt Nikolaj Polozov ein Interview über die Verbrechen der russischen Armee an Zivilisten in Butscha. Am 20. Februar 2026 verurteilte das Gagarin-Bezirksgericht in Moskau ihn wegen "militärischer Falschmeldungen" zu [8,5 Jahren Haft](#). Polozov, bekannt für die Verteidigung politisch Verfolgter wie Alexej Nawalnyj, Nadezhda Savtschenko, Pussy-Riot-Mitgliedern, krimtatarischen Aktivisten und ukrainischen Seeleute, wurde im Dezember 2024 vom Justizministerium als "Ausländischer Agent" eingestuft. Er befindet sich derzeit außerhalb Russlands.

Moskau: Verhaftungen von Anti-Kriegsaktivisten am Denkmal von Lesja Ukrainka





Am 24. Februar legten Moskauer bereits am Morgen [Blumen und Zettel](#) am Denkmal der Schriftstellerin Lesja Ukrainka in Moskau nieder. Die [Polizei](#) rückte mit einem [Gefangenentransporter](#) an, überprüfte die Ausweise der Anwesenden und durchsuchte ihre Sachen. Beim Niederlegen von Blumen und einem Zettel mit der Aufschrift „Nein zum Krieg“ wurde eine Frau festgenommen. Nachdem sie sich geweigert hatte, ihren Ausweise vorzuzeigen, stießen die Sicherheitskräfte sie in einen Schneehaufen und brachten sie zur [Polizeistation](#). Gegen sie wurde ein Verfahren wegen "Diskreditierung der Armee" eingeleitet. Auch ein junger Mann wurde [festgenommen](#), zur Polizeistation gebracht und zunächst festgehalten, ohne dass ein [Anwalt vorgelassen](#) wurde. Nach einigen Stunden wurden beide wieder [freigelassen](#). Am Abend beseitigten städtische Arbeiter die Blumen und Zettel am Denkmal.

Mutter von minderjährigen Kindern zu 5,5 Jahren Lagerhaft wegen Posts zur Ukraine verurteilt

Olga Tschepeleva aus Belgorod (Zentraler Föderationsbezirk) veröffentlichte im April 2024 sowie von Februar bis Juni 2025 mehrere Beiträge in sozialen Netzwerken über den Krieg in der Ukraine. Der genaue Inhalt ihrer Beiträge ist nicht bekannt. Im Juli 2025 wurde Olga Tschepeleva wegen der "Verbreitung von militärischen Falschmeldungen aus Hass" festgenommen. Am 23. Februar wurde das Urteil bekannt: 5,5 Jahre Freiheitsstrafe, deren Vollstreckung bis zum Erreichen des 14. Lebensjahres ihrer Kinder ausgesetzt wird.

Geldstrafe für "Vorschlag", Minister Manturov für Diebstahl auszuzeichnen

Ein Einwohner von Irkutsk (Sibirischer Föderationsbezirk) veröffentlichte Anfang 2023 zwei kriegskritische Kommentare auf Telegram, im ersten schrieb er, die Krym sowie die Gebiete Luhansk und Donezk seien ukrainisches Territorium und die Ukraine führe einen Befreiungskampf gegen Besatzer und Separatisten auf seinem eigenen Territorium. In einem zweiten Kommentar schlug er vor, Minister Manturov für "seinen Diebstahl auszuzeichnen". Das Gericht wertete dies als "Diskreditierung der Armee" und verhängte eine [Geldstrafe](#) von 30.000 Rubel [ca. 330,- Euro; ca. 1 Mindestlohn].

Bewohner aus der Region Primorje wegen Datenübergabe zu militärischen Objekten an die Ukraine verhaftet

Nach Angaben der Ermittlungsbehörden soll ein 1984 geborener Mann aus der Region Primorje (Fernöstlicher Föderationsbezirk) im August 2025 Fotos von lokalen Militäreinrichtungen gemacht und über Telegram an den ukrainischen Militärgeheimdienst (GUR) weitergeleitet haben. Am 24. Februar berichtete der Telegram-Kanal „Antiterror Primorje“, dass der Mann [festgenommen](#) und wegen Hochverrats angeklagt worden sei.

Absicht, Militäranlagen in Tatarstan in Brand zu setzen, als "Staatsverrat" gewertet: 24 Jahre Haft

Ein Einwohner von Tatarstan (Wolga-Föderationsbezirk) wurde beschuldigt, versucht zu haben, Einrichtungen

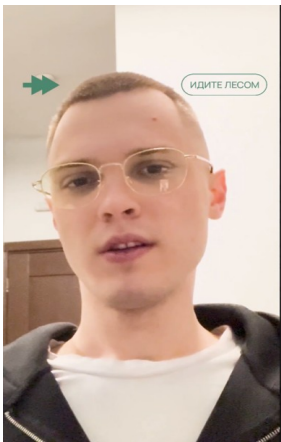
eines Verteidigungsindustriekonzerne in Kazan „im Interesse von zwei pro-ukrainischen ausländischen Organisationen“ zu sprengen und in Brand zu setzen. Der Prozess fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, Name des Verdächtigen und die Namen der Unternehmen wurden nicht bekanntgegeben. Am 24. Februar erklärte das Oberste Gericht von Tatarstan den Mann für schuldig des "Hochverrats", der "Vorbereitung einer Sabotageaktion" sowie des "Besitzes von Sprengstoff" und verhängte eine Freiheitsstrafe von [24 Jahren](#).

Drei Anti-Kriegsposts der Leiterin eines Kinderhospiz': "Diskreditierung der Armee"

Die Leiterin der Wohltätigkeitsorganisation "Dom c Majakom" [Haus mit Leuchtturm] und des gleichnamigen Hospizes, Lida Moniava, veröffentlichte in ihrem Telegram-Kanal drei Anti-Kriegsposts. In ihrem ersten Beitrag heißt es: „Auf dem Foto ist Maksym Martynenko, er besuchte die 6. Klasse am Lyzeum in der Stadt Sumy in der Ukraine. Heute ist er zusammen mit seiner Mutter und seinem Vater gestorben, nachdem eine Rakete aus Russland im Zentrum von Sumy explodierte.“ Der zweite Kommentar handelte von den Kindern, die während des Raketenangriffs auf Kryvyj Rih am 4. April 2025 ums Leben kamen, den dritten postete sie am 3. Jahrestag des russischen Voll-Angriffs auf die Ukraine.

Am 27. Februar verhängte das Gericht gegen Lida Moniava eine [Geldstrafe](#) von 45.000 Rubel [ca. 495,-Euro] wegen "Diskreditierung der Armee". Das Urteil kommentierte sie in ihrem Telegram-Kanal: „Im Kern kann ich nur sagen, dass Krieg das Böse ist. Es ist eine schreckliche Tragödie. Es ist ein Verbrechen. Ich wünsche mir so sehr, dass der Krieg so schnell wie möglich beendet wird.“ Sie [teilte](#) außerdem mit, dass sie nicht plant, Russland zu verlassen.

"Jetzt fühle ich mich ausgezeichnet." 19-jähriger flüchtet aus der russischen Armee



Am 3. Februar veröffentlichte die Organisation „Idite Lesom" [Geht in den Wald] die Geschichte eines [19-Jährigen](#) der während seines Wehrdienstes gezwungen wurde, einen Vertrag zu unterschreiben und desertieren konnte. Er berichtete, dass er als einziger Ernährer seiner kranken Familie ohne Ausbildung auf Kampfeinsätze geschickt wurde. Nach einer Lungenentzündung im Krankenhaus hatte er eigenmächtig seine Einheit verlassen und befindet sich nun in Sicherheit.

"So gut wie jeder von uns wurde in diesen Wahnsinn gezwungen, unsere Einheit schmolz langsam dahin"

Ein [anonymer Schützling](#) der Organisation „Idite Lesom“ desertierte nach seiner Mobilisierung im Oktober 2022 in die Region Luhansk. Er berichtete, dass die Infanterie „langsam dahinschmolz“ und viele zwangsweise eingesetzt wurden. Im April 2024 entschieden er und sein Vater, nicht zurückzukehren. Mit Hilfe von Freiwilligen konnte er nun das Land verlassen, sein Vater wurde tot nicht weit von zuhause aufgefunden – offiziell gestorben durch Unterkühlung.

Kultur

"Ich bin bei denen, die jetzt im Dunkeln sitzen..."



Der Schauspieler Vadim Dzhuba hat auf seinem Telegram-Kanal ein Video veröffentlicht, in dem er ein [Anti-Kriegsgedicht](#) vorträgt.

"Ich bin bei denen, die jetzt im Dunkeln sitzen.
Ich bin bei denen, die wieder Schutz in der U-Bahn suchen.
Und bei denen bin ich, deren Haus eine Rakete zerstörte.
Und bei denen, die nicht mehr an das Gute glauben."

"Sag JA zum Frieden!"

Nikolaj Rybakov, Vorsitzender der Partei Jabloko, hat am 16. Februar dazu [aufgerufen](#), an der Aktion "Sag JA zum Frieden!" teilzunehmen, indem man eine Video mit einem Anti-Kriegslied oder Anti-Kriegsgedicht aufnimmt und an die E-Mail-Adresse der Partei peace@yabloko.ru schickt, die Videos sollen auf [YouTube](#) veröffentlicht werden.

Schauspieler Pavel Majkow spricht sich gegen den Krieg in der Ukraine aus

Am 24. Februar tauchte in sozialen Netzwerken ein [Video](#) von einem Konzert der Rockband „Magrit“ des Schauspielers Pavel Majkov auf. Von der Bühne aus [sagte er](#): „Macht Liebe und führt niemals Krieg. Der Krieg soll zum Teufel gehen. Und diejenigen, die Krieg wollen, sollen verrecken.“

Sonstiges

"Die Menschen sind müde. Sie wollen Frieden."



Foto: Screenshot der Partei Jabloko

Der Vorsitzende der Partei Jabloko, Nikolaj Rybakov, hat in einer Rede der gesetzgebenden Versammlung des Gebiets Tver dazu [aufgerufen](#), einen Waffenstillstandsvertrag in der Ukraine abzuschließen: "Die Menschen sind müde. Sie wollen Frieden. Die Menschen wollen nicht mehr ständig Angst um ihre Zukunft haben, um ihr Leben und um ihre Kinder. Sie wollen ein normales Leben, für sich, ihre Eltern und Kinder."

Verdächtiger, der Sprengstoffanschlag vorbereitet haben soll, erschossen

Mitarbeiter des FSB haben einen Bewohner aus Stavropol [erschossen](#). Er wurde verdächtigt, einen Terroranschlag „im Interesse der Ukraine“ vorbereitet zu haben: Nach Angaben des Geheimdienstes plante er, einen Sprengstoffanschlag in der Nähe des Gebäudes der staatlichen Stiftung „Verteidiger des Vaterlandes“ sowie des Gedenkparks für gefallene Soldaten zu verüben.

Übersetzung: Nicole Hoefs-Brinker